

## Antrag

**der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Berengar Elsner von Gronow, Dr. Roland Hartwig, Waldemar Herdt, Jens Kestner, Rüdiger Lucassen, Christoph Neumann, Jan Ralf Nolte, Gerold Otten, Paul Viktor Podolay, Dr. Robby Schlund, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Stefan Keuter, Jens Maier, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD**

### **Keine deutsche Unterstützung für neo-osmanische Großmachtträume – Beschwichtigungspolitik gegenüber Erdoğan beenden**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Republik Türkei ist für die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union in wirtschaftlicher und geostrategischer Hinsicht ein wichtiger Partner. Die bilateralen diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Türkei (Beginn 1952) sind dabei grundsätzlich getrennt von den multilateralen vertraglichen Beziehungen der Europäischen Union zur Türkei (Beginn 1963) zu betrachten.

Durch eine fehlgeleitete, nicht an deutschen Interessen ausgerichtete Politik hat sich die Bundesregierung in mehrfacher Hinsicht von der Türkei und Erdoğan abhängig gemacht. Zum einen herrscht mittlerweile ein Primat der Innenpolitik über die deutsche Außenpolitik, wenn die Bundesregierung ihre außenpolitischen Entscheidungen aus Rücksicht auf die Befindlichkeiten und Interessen der rund 2,7 Mio. in Deutschland lebenden Türken bzw. deutschen Staatsbürger türkischer Herkunft abwägen muss. So stimmte ein Großteil der wahlberechtigten und abstimmenden Türken in Deutschland (63,1 Prozent) im Rahmen des 2017 stattgefundenen Referendums für die Stärkung der Befugnisse des türkischen Staatspräsidenten und zeigte damit, wem ihre Loyalität gilt (siehe auch [www.swr.de/report/parallelgesellschaft-warum-sich-in-deutschland-geborene-tuerkeistaemmige-immer-haeufiger-zurueckziehen/-/id=233454/did=25013134/nid=233454/8vrxyj/index.html](http://www.swr.de/report/parallelgesellschaft-warum-sich-in-deutschland-geborene-tuerkeistaemmige-immer-haeufiger-zurueckziehen/-/id=233454/did=25013134/nid=233454/8vrxyj/index.html)). Über die von der staatlichen Religionsbehörde DİTİB entsandten radikal-islamischen Imame übt Erdoğan zudem starken Einfluss auf die in Deutschland lebenden Türken und Deutschen türkischer Herkunft aus.

Mit Hilfe der von 2014 bis 2020 an die Türkei ausgezahlten Finanzmittel in Höhe von 4,45 Mrd. Euro als Heranführungshilfe für einen EU-Beitritt sowie der Mittel in Höhe von 3 Mrd. Euro im Rahmen des sogenannten „Flüchtlingsabkommens“, unterstützen Deutschland und die EU indirekt die außenpolitischen Expansionen Erdoğan's und die angeschlagene türkische Wirtschaft. Mitte Oktober 2019, zu Beginn der türkischen Offensive gegen die Kurden-Miliz YPG in Nordost-Syrien, drohte Erdoğan der EU:

„Hey EU, wach auf! Ich sage erneut: Wenn ihr unsere Operation als Invasion darzustellen versucht, ist unsere Aufgabe einfach: Wir werden die Tore öffnen und 3,6 Millionen Menschen werden zu euch kommen“ ([www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-offensive-eu-drohung-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-offensive-eu-drohung-101.html)). Eine unabhängige deutsche Außenpolitik gegenüber der Türkei ist unter diesen Gesichtspunkten de facto nicht möglich.

Die territoriale Expansion unter Erdoğan provoziert und destabilisiert die unmittelbaren Nachbarländer Syrien, Griechenland und Zypern, Armenien und beeinflusst den Konflikt in Libyen. Gezielte Provokationen, wie die neuerliche Entsendung des Forschungsschiffes „Oruc Reic“ Mitte Oktober 2020 in das östliche Mittelmeer, missachten das Völkerrecht. In Libyen unterstützt Erdoğan die sogenannte Einheitsregierung von Fajes al-Sarraj mit Söldnern und militärischer Ausrüstung im Kampf gegen General Chalifa Haftar. 2019 unterzeichneten Ankara und Tripolis ein bilaterales Abkommen für eine engere Sicherheits- und Militärkooperation, das auch die Seegrenzen im östlichen Mittelmeer neu definiert. Zudem hat die Türkei quasi die Ausbildung der libyschen Küstenwache übernommen, um zukünftig allein darüber entscheiden zu können, wie viele Migranten von der libyschen Küste auf dem Seeweg nach Europa gelangen ([www.repubblica.it/esteri/2020/10/21/news/la\\_turchia\\_prende\\_il\\_controllo\\_della\\_guardia\\_costiera\\_libica-271349626/?refresh\\_ce](http://www.repubblica.it/esteri/2020/10/21/news/la_turchia_prende_il_controllo_della_guardia_costiera_libica-271349626/?refresh_ce)). Sollte dieses Vorhaben der Türkei erfolgreich sein, würde sie nicht nur über die Migrationsströme aus Nahost über den Landweg, sondern auch über die Seewegroute von Afrika nach Europa entscheiden können. Deutschland und Europa begeben sich damit in noch größere Abhängigkeit vom Wohlwollen Erdogans.

Noch riskanter sind die direkten Zusammenstöße türkischer und russischer Militärverbände, die bei einem wie auch immer gearteten Zwischenfall einen NATO-Bündnisfall auslösen könnten. Nach dem Abzug eines Großteils der amerikanischen Truppen aus Syrien hat die Türkei die territoriale Souveränität Syriens verletzt, indem sie zwei völkerrechtswidrige Angriffe gegen die im Norden Syriens ansässige Kurdenmiliz YPG führte.

Die Eskalation des Konflikts in der Region Berg-Karabach wurde von Erdoğan maßgeblich vorangetrieben. Seine Intention, sich durch die aktive Unterstützung Aserbaidschans in den Krieg einzumischen, um dadurch im späteren Verhandlungsprozess den Status der Türkei als Regionalmacht zu festigen ([www.swp-berlin.org/publikation/tuerkei-russland-partnerschaft-im-krieg-um-bergkarabach/](http://www.swp-berlin.org/publikation/tuerkei-russland-partnerschaft-im-krieg-um-bergkarabach/)), scheint mit dem am 10. November 2020 ausgehandelten Waffenstillstandsabkommen erfolgreich gewesen zu sein. Erdoğan geht es darum, der Türkei den „verdienten Platz in der Weltordnung“ neben den USA und Russland zu sichern (ebd.).

Die seit dem gescheiterten Putsch-Versuch in der Türkei vom 15./16. Juli 2016 verstärkt zu beobachtenden neo-osmanischen Großmachtträume des türkischen Präsidenten erstrecken sich nicht allein auf die unmittelbaren Nachbarn der Türkei, sondern bedrohen auch die Stabilität Europas und des Nahen Ostens. Während die „fünfte Kolonne“ bereits im Herzen Europas steht, Kriegsflüchtlinge in der Türkei als Druckmittel gegen die Völker Europas eingesetzt werden können, sinniert der türkische Staatspräsident gar von einer Expansion bis nach Israel. In seiner Rede vor der Großen Nationalversammlung am 1. Oktober 2020 äußerte Erdoğan, „Jerusalem is our city“ ([www.jpost.com/middle-east/erdoan-jerusalem-is-our-city-a-city-from-us-644306](http://www.jpost.com/middle-east/erdoan-jerusalem-is-our-city-a-city-from-us-644306)), womit er künftige Besitzansprüche aus den vier Jahrhunderten (1517 bis 1917) osmanischer Herrschaft über die Heilige Stadt ableitete.

Die ganze Abhängigkeit und Mutlosigkeit der deutschen Bundesregierung gegenüber Erdoğan zeigt sich schließlich nirgendwo deutlicher als auf EU-Ebene: Anstatt den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft dafür zu nutzen, um Sanktionen gegen die Türkei voranzutreiben, dauern die Gespräche auf EU-Ebene bis zum heutigen Zeitpunkt an, während Sanktionen gegen Belarus im Eilverfahren beschlossen wurden ([www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-erdogan-bekommt-freifahrtschein-von-der-eu/26243582.html?ticket=ST-11275219-6iHvfPhqmghi5rTu7s1W-ap5](http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-erdogan-bekommt-freifahrtschein-von-der-eu/26243582.html?ticket=ST-11275219-6iHvfPhqmghi5rTu7s1W-ap5)).

Die Bundesregierung muss den neo-osmanischen Großmachtträumen Erdoğan's endlich glaubhaft Einhalt gebieten und ihre Appeasement-Politik gegenüber Ankara umgehend beenden.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die Appeasement-Politik gegenüber der Türkei und ihrem Präsidenten Erdoğan zu beenden, um als ernstzunehmender und souveräner außenpolitischer Akteur gegenüber Ankara aufzutreten zu können;
  2. sich für eine Reform des NATO-Vertrags einzusetzen, damit gegebenenfalls ein Ausschluss der Türkei aus dem Bündnis möglich wird;
  3. als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen einen Resolutionsentwurf einzubringen, der das aggressive außenpolitische Verhalten der Türkei verurteilt;
  4. sich als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für die Verhängung von Strafmaßnahmen gegen die Türkei einzusetzen;
  5. sich im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bei den EU-Mitgliedstaaten für die sofortige, offizielle Beendigung aller Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU sowie für eine Kündigung des Assoziierungsabkommens („Abkommen von Ankara“) von 1963 einzusetzen;
  6. infolge der Beendigung der EU-Beitrittsverhandlungen und der Aufkündigung des Assoziierungsabkommens von 1963 eine grundsätzliche Neugestaltung der Beziehungen zur Türkei vorzunehmen, die den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und der Türkei (vor allem hinsichtlich bilateraler Regelungen für den freien Warenverkehr) dienen;
  7. sich im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bei den EU-Mitgliedstaaten und bei dem Europäischen Parlament in den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) dafür auszusprechen, dass die Türkei zukünftig keine weitere EU-Heranhilfshilfe erhält;
  8. die frei werdenden Finanzmittel zur Unterstützung der griechischen Grenzpolizei zu verwenden sowie eine generelle personelle und materielle Stärkung der FRONTEX-Architektur zum Schutze der EU-Außengrenzen zur Verfügung zu stellen.

Berlin, den 24. November 2020

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

